

# WAS GEMEINSAM BEWEGT WERDEN MUSS

UNTER DEM DECKMANTEL VON KLIMANEUTRALITÄT BETREIBEN DIE FOSSILEN IHRE OFFENSIVE GEGEN DIE ERNEUERBAREN



Bild: Wösterfeld

Kohleausstiegsgesetz als Angriffswaffe: 1.000 Meter Abstandsregel für Windräder aber das neue Steinkohlekraftwerk Datteln in der Gemeinde.

Hinter dem medialen Getöse der Krise der CDU, die sich in ihren Auflösungserscheinungen denen der SPD annähert, entwickeln sich gegenläufige Bewegungen von Politik, Weltwirtschaft und Klimakrise. In Deutschland ist dies, im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern, besonders ausgeprägt. Hier befindet sich die Heimat potenter, global agierender Konzerne, die im großen Welttheater kräftig mitmischen. Zu nennen wäre die Automobilindustrie und die Chemie, aber auch der Bereich der fossilen Strom- und Wärmeerzeugung. Andererseits existiert hierzulande keine Förderung von fossilen Brennstoffen bzw. Primärenergien. Das Narrativ des „rohstoffarmen Landes“ macht seit dem Kaiserreich die Runde und ist als Notwendigkeit innovativ und vorausschauend zu wirtschaften zum Selbstverständnis des Landes geworden.

## Industrielle Innovationen für den Status Quo

Dass die deutsche Industrie auf die zyklischen Krisen des Kapitalismus offensiv und mit bahnbrechenden Innovationen reagieren konnte, ist unbestritten. Genannt seien in der Zeit vor dem ersten Weltkrieg das Haber-Bosch-Verfahren und die daraus abgeleitete Herstellung von Kunstdünger und modernen Explosivstoffen. Aber auch Kautschuk bzw. Buna oder etwa das Aspirin fallen in diese Kategorie. Manchmal hatte man sich aber auch nicht auf den Erfindergeist, sondern auf die nackte Gewalt verlassen. Das gilt für die Zeit des Faschismus. Doch es sind auch Innovationen entstanden, die einer von Wachstum abhängigen Wirtschaft so gar nicht ins Konzept passen. Das trifft auf die Erneuerbaren Energien zu.

Ihr Charakteristikum besteht darin, dass sie Primärenergie zur Verfügung stellen, deren Grenzkosten gegen Null tendieren. Sind erst einmal Solar- und Windenergieanlagen aufgebaut, würde das ganze Geschäft mit der Förderung und Verteilung von Kohle, Öl und Erdgas entfallen. Die Existenzberechtigung der größten und mächtigsten Konzerne der Welt, der Energiekonzerne, wäre hinfällig. Das gilt auch für die mit ihnen in einer traditionellen Sektorenkopplung verbundene Automobilindustrie und die Chemie. Diese grundlegenden ökonomischen Wirkungsmechanismen liegen, meist unsichtbar, den Bewegungen der jeweiligen Tagespolitik zugrunde. Aus Sicht der fossilen Energieerzeuger war das EEG ein unverzeihlicher Betriebsunfall, der unbedingt wieder rückgängig gemacht werden sollte.

## Politik als bewährter EE-Bremser

Aber haben Innovationen erst einmal das Licht der Welt erblickt, sind sie nicht mehr zurückholbar. Das erlebt - kleine Nebenbemerkung am Rande - aktuell Kanzlerin Merkel mit ihrer auf die Thüringer Ministerpräsidentenwahl bezogenen Bemerkung, sie müsse rückgängig gemacht werden. Politische Kommentatoren hiel-

ten Merkel vor, dies sei unklug gewesen. In der Geschichte der Solarbewegung war eine solche „unklug“ Haltung bis zum Zeitpunkt des Super-GAU in Fukushima die gängige politische Linie. Seither „bekennt“ man sich zur Energiewende und zur „Klimaneutralität“.

Tatsächlich hat sich am Kurs des „rückgängigmachens“ nichts geändert. Genau so sind die vielen Korrekturen am einstmalig glasklaren EEG und dem GEG zu verstehen. Alles was seit 2009 als „Reform“ durchs Parlament gebracht wurde, zielte darauf ab, den Vorteil der Erneuerbaren bei den Grenzkosten zu beseitigen. Auch wenn diese Destruktion durch die mafiose Connection zwischen fossiler Energiewirtschaft und Bundesregierung Wirkung hatte und die einst blühenden Industrien von Solar und Windkraft marginalisiert wurden, erfolgreich im Sinne einer finalen Eliminierung war sie nicht.

## Doppelzüngigkeit mit Kalkül

Stattdessen sind weit über 100.000 Arbeitsplätze verloren gegangen, aber die Erneuerbaren Energien sind noch da und generieren Zubau. Allerdings viel zu wenig. Vor allem die Zivilgesellschaft, die sich nie auf den Destruktionspfad der Merkel-Regierungen eingelassen hat, ist stärker denn je. Die Bewegungen von Fridays for Future (FFF) und Extinction Rebellion (XR) haben den etwas in die Jahre gekommenen Solarorganisationen eine dynamische Komponente hinzugefügt. Die Verbindungen der Jungen von FFF mit der Klimaforschung hat die Regierung in einer Art und Weise unter Druck gesetzt, wie es die Solarbewegung seit dem Ende der Rot-Grünen Koalition nicht vermocht hatte.

An dieser Stelle ist ein erster Widerspruch zu beobachten. Trotz der Schwäche der Solarbewegung und einer teilweisen Befriedung einzelner Teile der Energiewendebewegung befindet sich die Regierung in der Defensive. Diese hatte sich schlagartig über den Ausgang der EU-Wahl im Frühsommer 2019 manifestiert. Seither versucht die GroKo mit

einer PR-Offensive, sich das Image vom Klimaschützern zuzulegen. Vor allem das Narrativ der Klimaneutralität, eine moderne Form des mittelalterlichen Ablasshandels, soll als Umarmungsstrategie den Widerstand auflösen. Der hinterläuft die eigentliche Offensive gegen die Erneuerbaren und verstärkt sie weiter.

Getarnt als Teil des Kohleausstiegs wird die 1.000-Meter-Abstandsregelung für die Windkraft gesetzlich verankert, wird der Weiterbetrieb noch nicht abgeschriebener Kohlemeiler bis ins Jahr 2038 hinausgeschoben und die Nachfolge der Kohle gerade nicht in Form der Erneuerbaren festgeklopft. Der Fuel Switch zum Erdgas läuft auf vollen Touren, am Image als effizienter und CO<sub>2</sub>-armer Technologie wird kräftig gearbeitet. Auch gegen diese Form des Schwindels macht sich Gegenwind bemerkbar, im Inland durch die Solarbewegung, wie auch in Gestalt von Donald Trump, der angesichts der Krise auf dem fossilen Weltenergiemarkt den bisherigen Hauptlieferanten Russland aus dem Geschäft mit Europa kicken will.

Das strategische Problem der GroKo ist damit ein Doppeltes. Neben der Auseinandersetzung mit dem US-Kurs der globalen Neuausrichtung der Handelsbeziehungen will bzw. muss die Merkel-Regierung die deutsche Automobilindustrie retten. Diese hatte den chinesischen Konkurrenten und dessen Konzept des „Überholen ohne einzuholen“ - statt noch effizienterer Verbrennungsmotoren einfach die Antriebsart wechseln - total unterschätzt. Nun kann sie offenbar nur mit massiver Staatshilfe, getarnt als Milliarden für den Strukturwandel wegen des Kohleausstiegs, wieder flott gemacht

werden. Die Gelder, die heute hastig in die Batterieforschung gesteckt werden, wollte man früher aus Angst, dies könne der Solarisierung dienen, partout nicht ausgeben.

### Neue Heilsbringer und Leichtgläubigkeit

Als großen Befreiungsschlag propagiert die fossile Energieindustrie nun die Wasserstoffwirtschaft. Die Idee die Primärenergien von Solar- und Windstrom sowie Solarthermie nicht direkt zu nutzen, sondern nur als Vorstufe für eine profitable Wertschöpfung im Sinne der Energiekonzerne einzusetzen, ist plump. Sie packt einfach alle Elemente zusammen, die für eine erfolgreiche Profitproduktion bekannt und bewährt sind. Aufbauend auf einem kostengünstigen Vorprodukt, dem Ökostrom, wird eine großindustrielle Fertigung als Mittel der Kapitalanlage ins Werk gesetzt. Dieses Endprodukt einer eigentlich völlig überflüssigen Wandlungsstufe soll als „nachhaltig, speicherbar und klimagerecht“ für teures Geld auf den Markt gebracht werden.

Womit wir beim zweiten Widerspruch der gegenwärtigen Lage wären. Obgleich die Situation für die Solarenergie und den Wind nach Jahren der heftigen Auseinandersetzungen nicht so schlecht erscheint, präsentieren sich vor allem die NGOs der Solarbewegung als zersplitterter Haufen, denen es an Durchsetzungskraft fehlt. Erkennbar ist die GroKo am Ende, und nur eine andere Parteienkonstellation scheint politisch möglich. Darin liegt ja offenbar das Signal der Auseinandersetzung von Erfurt. Aber die Solarorganisation denken und planen nicht für eine Zukunft

nach der GroKo. Aus dieser Kleinstaaterei entsteht eine größere Gefährdung als die destruktive Politik der GroKo bisher auszulösen vermochte.

### Zeit nach der GroKo planen

Um diese Dilemma innerhalb der Solarbewegung zu überwinden, müssen die aktuellen Aufgaben gemeinsamen angepackt werden. Das gilt für den Kampf gegen den Fuel Switch. Nicht Parteinahme für oder gegen Russengas und Trumppgas, sondern allein die Erneuerbaren sind die Alternative. Zum anderen geht es um die strategische Frage, was mit den PV- und Windanlagen geschieht, die nach 20 Jahren aus dem EEG fallen. Damit verknüpft ist eine Diskussion zur Existenz des EEG überhaupt. Mehr als ein schwacher Einstieg existiert bislang nicht. Der Bogen der unterschiedlichen Positionen spannt sich von der grundsätzlichen Ablehnung eines EEG bis zur Idee, ein inhaltlich anderes, ein EEG 2.0 zu konzipieren. Ein Entwurf kann aber nur als kollektiver Prozess erfolgen, sonst fehlt jegliches Gewicht gegenüber der Politik. Auch die Übernahme der EE-Richtlinie in nationales Recht, die bis Mitte 2021 erfolgt sein muss, wird sich nur durch eine gemeinsame Anstrengung erreichen lassen.

#### ZUM AUTOR:

► Klaus Oberzig

Ist Wissenschaftsautor aus Berlin und Mitglied im Beirat der DGS

oberzig@scienzz.com



Jetzt Ticket sichern!

## 30. SYMPOSIUM SOLARTHERMIE UND INNOVATIVE WÄRMESYSTEME

12. – 14. Mai 2020  
Kloster Banz  
in Bad Staffelstein

[www.solarthermie-symposium.de](http://www.solarthermie-symposium.de)



Inspired by  
THEsmarter